



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 09

21. April 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Besoldungsanpassung: Beamtenbund sagt Grün-Rot den Kampf an**
- 02 Polizeireform - 16 000 Polizisten äußern Verwendungswünsche**
- 03 dbb: Bürgerversicherung nicht allein ein Arbeitsmarktproblem**
- 04 dbb zu Pensionsentwicklung: Falsche Behauptungen**
- 05 DPoIG-Kurzmeldungen**

01 Besoldungsanpassung: Beamtenbund sagt Grün-Rot den Kampf an

Quelle: BBW, DPoIG, dpa und andere Printmedien vom 17. und 18.04.2012

Der Beamtenbund setzte trotz der angekündigten zeitlichen Verschiebung der Besoldungsanpassung und der Nullrunde für die Besoldungsgruppen ab A 12 seine Gespräche und Verhandlungen mit den politischen Verantwortungsträgern fort. Ziel des Beamtenbundes war und ist die finanziellen Ungerechtigkeiten für die Beamtinnen und Beamten zu begrenzen und abzumildern.



BBW-Chef Volker Stich (Mitte), der von seinem Stellvertreter Joachim Lautensack (rechts) und BBW-Justitiarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth (links) begleitet wurde, trafen sich mit den Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Thekla Walker und Chris Kühn

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) verlangt, dass es keine weitere Sparrunde für Beamte und Versorgungsempfänger geben wird. Das hat BBW-Chef Volker Stich am 8. April 2013 in Stuttgart im Gespräch mit der Parteispitze von Bündnis 90/Die Grünen erklärt. „Es muss endlich Schluss sein mit der einseitigen Sparpolitik zu Lasten der Beamtenschaft“, sagte Stich in Stuttgart gegenüber Thekla Walker und Chris Kühn, den Landesvorsitzenden der Partei. Zugleich warnte er vor zunehmender Politikverdrossenheit in den Reihen der Beamtenschaft.

Massive Kritik an der Sparpolitik der grün-roten Koalition äußerte auch der stellvertretende BBW Vorsitzende und Landesvorsitzende der DPoIG Joachim Lautensack. Er erinnerte daran, dass das strukturelle Defizit im Landeshaushalt bereits für die Vorgängerregierung Anlass zum Sparen gewesen sei. Dennoch sei unter Schwarz-Gelb eine Verständigung mit dem BBW zustande gekommen, die beiden Seiten Planbarkeit garantiert habe. Vor diesem Hintergrund sei es mehr als bedauerlich, dass mit der grün-roten Koalition offensichtlich kein gemeinsamer Nenner für eine solche Vereinbarung gefunden werden kann.

Die Grünen-Politiker hingegen warben um Verständnis für ihre Sparansätze. Ziel ihrer Partei sei es, angesichts der Schuldenbremse Lösungen zur Konsolidierung des Haushalts auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit zu finden. Klar sei, dass man nicht alle zufriedenstellen könne, sondern sich in einem Spannungsfeld bewege, sagte die Landesvorsitzende der Grünen Thekla Walker



Auch bei einem erneuten Gespräch mit dem Finanzminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, Nils Schmid (SPD) am 12. April 2013 wollte die BBW-Delegation eruieren, ob und inwieweit die Landesregierung noch bereit sei, ihre Planungen zur Besoldungsanpassung zu modifizieren. Dies lehnte Schmid jedoch kategorisch ab und verwies darauf, dass dieser politische Kompromiss zur Besoldungsanpassung zwischen den Grünen und der SPD angesichts der Haushaltslage und der parteipolitisch sehr unterschiedlichen Aufstellung nur sehr schwer zu erzielen war. Im Klartext: an der Beschlusslage sei nichts mehr zu ändern.

Das war die Ausgangslage für die Beratungen des „kleinen Parteitages“ des Beamtenbundes am 17. April 2013 in Wernau, zu dem alle vier Fraktionsvorsitzenden des Landtags eingeladen wurden.

Das war die Ausgangslage für die Beratungen des „kleinen Parteitages“ des Beamtenbundes am 17. April 2013 in Wernau, zu dem alle vier Fraktionsvorsitzenden des Landtags eingeladen wurden.

Der Beamtenbund will vehement gegen die vorgesehene zwar inhalts-, aber nicht zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses - von 2,6 Prozent (2013) und 2,9 Prozent (2014) - vorgehen. „Die Welle der Empörung ebbt nicht ab“, konstatierte Stich. Der Verband werde nun eine „Politik der Nadelstiche“ verfolgen, mit der seine Vertreter bei den Landtagsabgeordneten für ihre Interessen werben. Nach der Einbringung des Gesetzes über die Beamtenbesoldung im Sommer werde zu einer Kundgebung in Stuttgart aufgerufen, bei der mehrere tausend Beamte erwartet werden.



Die Delegierten des BBW verabschiedeten nach der Aussprache mit den Fraktionsvorsitzenden einstimmig eine Resolution und beschlossen weitere Protestmaßnahmen gegen die grün-rote Landesregierung

Eine wütende Resolution

Der Landeshauptvorstand mit seinen etwa 120 Spitzenfunktionären machte mit einer einstimmig angenommenen Resolution seinem Unmut Luft. „Wir sind geschlossen, und wir werden auch für unsere Rechte und Interessen kämpfen“, resümierte Stich. Das Geld sei da, um die Wünsche des Verbandes zu erfüllen. Trotz eines Plus im Landeshaushalt von einer Milliarde Euro im vergangenen Jahr, bediene sich die Landesregierung „schamlos“ bei den Staatsdienern. Diese müssten schon das „dritte massive Sonderopfer“ verdauen.

2012 waren die Besoldung bereits sieben Monate verspätet angepasst und die Beihilfe gekürzt worden. Danach wurde die Eingangsbesoldung um vier Prozent abgesenkt und erneut bei der Beihilfe der Rotstift angesetzt. Schon ohne die erneut geplante Verschiebung verlören die Beamten mehr als 400 Euro pro Jahr. Zudem werde die Differenz zu ihren angestellten Kollegen immer größer, monierte Stich.



CDU-Fraktionschef Peter Hauk stimmte in die Kritik des Beamtenbundes ein und geißelte die Pläne der Regierung als „skandalös und ungerecht“. Er plädierte wie FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke für eine inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses. Allerdings betonte Hauk auch: Wenn man sparen wolle, komme man am größten Ausgabenblock im Haushalt, dem Personal, nicht vorbei. Aber ausschließlich dort zu streichen, sei nicht akzeptabel.



Mit einem Sparvorschlag der besonderen Art machten die DPolG-Delegierten ihrer Verärgerung Luft:
„Unser Sparvorschlag: Polizeireform!“

Außerdem kosteten Pläne wie die Polizeireform und die Einführung der Gemeinschaftsschule Hunderte von Millionen Euro, rügte Hauk. Der öffentliche Dienst verliere mit den Plänen von Grün-Rot deutlich an Attraktivität für junge Menschen, monierten Hauk und Rülke. **FDP-Fraktionschef Dr. Ulrich Rülke** rügte überdies, dass Grün-Rot den Dialog mit den Beamten gar nicht mehr suche, sondern statt einer Politik des „Gehört-werdens“ eine des „Diktier-werdens“ verfolge.



Grün-Rot verteidigt die Haushaltskonsolidierung



Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann bekräftigte ihren Vorschlag, die zeitliche Verschiebung für die Beamtenbesoldung auf die automatisch am 1. Juli steigenden Diäten der Landtagsabgeordneten zu übertragen. „Das wäre ein Zeichen der Solidarität mit den Beamten.“ Sie und SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel verteidigten die Haushaltskonsolidierung, denn die kommenden Generationen dürften nicht jeglicher finanzielle Spielräume beraubt werden. Sitzmann warb für die „ausgewogene Entscheidung“ der Landesregierung zwischen einer Nullrunde und einer Deckelung der Erhöhung.

Auch **SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel** warnte vor „Zerrbildern“, denn anders als in anderen Bundesländern werde es eine Anhebung des Sockelbetrages und die Zusicherung einer inhaltsgleichen Übertragung für die Jahre 2015 und 2016 geben. „Sie werden nicht abgekoppelt.“ Die Lage dürfe nicht schlechter geredet werden, als sie sei - sonst werde potenzieller Nachwuchs vergrätzt. Er wünsche sich eher das Signal: „In Baden-Württemberg macht es Spaß, Beamter zu sein.“



Auch die intensiven Tischgespräche führten in der Sache leider nicht weiter ...

Resolution des BBW-Landeshauptvorstands vom 17.04.2013 zur Anpassung von Besoldung und Versorgung ab 2013

Die Welle der Empörung ebbt nicht ab. Auch noch Wochen nach der Bekanntgabe reagiert die Beamtenschaft im Land mit Ärger und Protest auf den Koalitionsbeschluss zur Anpassung von Besoldung und Versorgung ab 2013.

Beamte und Versorgungsempfänger sind empört,

- weil sie auf die Erhöhung ihrer Bezüge bis zu zwölf Monate verzichten sollen
- weil ihnen nicht nur eine Nullrunde, sondern eine Minusrunde auferlegt wird.

Beamte und Versorgungsempfänger fühlen sich verschaukelt,

- weil sich die grün-rote Landesregierung bei ihnen schamlos holt, was sie den Tarifbeschäftigten zum Glück nicht vorenthalten darf,
- weil ihnen Grün-Rot mit der verzögerten Besoldungs- und Versorgungsanpassung die dritte Sparrunde innerhalb von knapp zwei Jahren verordnet,
- weil diese Regierung vorschnell Geld in teure, nicht durchdachte Reformen pumpt und sich das Geld dafür bei denen holt, die sie umsetzen müssen,

- weil die Regierungskoalition sie von Mal zu Mal mit schönen Worten abspeist, statt Versprechungen aus Oppositionszeiten jetzt einzulösen.

Es muss endlich Schluss sein mit den ständigen Beamtenopfern! Wir fordern

- die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung,
- leistungsgerechte Bezahlung,
- die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst,
- die Korrektur des Regierungsbeschlusses zur Anpassung von Besoldung und Versorgung,
- die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse 1 : 1!

Finger weg von diesen und weiteren Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst!

Die umfangreiche **Begründung** dieser Resolution können Sie unter http://www.bbw.dbb.de/pdfs/2013/130417_forderung_des_bbw.pdf nachlesen.

02 Polizeireform - 16 000 Polizisten äußern Verwendungswünsche

Quelle: siehe auch PM des IM vom 15.04.2013, Reforminfo Nr. 17 vom 12.04.2013

Vor der Polizeireform im Südwesten haben über 50 Prozent der Beschäftigten dem Innenministerium Wünsche über ihre künftige Verwendung mitgeteilt. „Es hat mich sehr gefreut, dass sich fast 50 Prozent der Polizeibeschäftigten beteiligt haben. Darunter waren offensichtlich auch viele, die von einem Arbeitsplatzwechsel nicht betroffen sind“, sagte Innenminister Reinhold Gall (SPD) am 12. April in Stuttgart. Insgesamt nutzten 15 883 Polizisten die Möglichkeit, festzuhalten, wo und wie sie in der neuen Organisation arbeiten möchten. Insgesamt wurden im elektronischen Eingabeverfahren rund 16.000 Erstwünsche, ca. 7.600 Zweit- und 4.600 Drittwünsche eingegeben.

Polizisten ziehen ohne Murren mit
REFORM Teilweise mehr Bewerber als Stellen in neuer Heilbronner Präsidiumszentrale



Was den Innenminister offensichtlich freut, sehen die Betroffenen meist völlig anders. Sie ärgern sich über die Polizeireform an sich, aber auch über die dienstliche Publicity, die der Öffentlichkeit den Eindruck vermitteln will, die Polizisten im Land wären mit den Reformentscheidungen einverstanden und es fände geradezu ein Run auf die neuen Funktionen in den neuen Präsidien statt. Der Innenminister und seine Projekt-

leiter geben sich wirklich alle Mühe der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass es doch etwas ganz tolles sei, wenn sich die Beamten ihren neuen Job mit drei „Wünschen“ aussuchen könnten, wo sie künftig Dienst machen.



Und selbst namhafte Journalisten lassen sich von dieser dienstlichen Publicity blenden und reden den Projektverantwortlichen undifferenziert das Wort, wie beispielsweise ein Beitrag mit Kommentar in der Heilbronner Stimme zeigt. DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack hat diese Form der Berichterstattung in einem dpa-Gespräch vom 18. April 2013 richtig gestellt und

u.a. darauf hingewiesen, dass es sich beim IBV nicht um ein Wunschkonzert für die Kolleginnen und Kollegen handele, als vielmehr um die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Gewerkschaft: Polizeireform verursacht Motivations- und Qualitätsverlust



Stuttgart (dpa/lsw) – Eine Vielzahl der von der Polizeireform betroffenen Beamten werden aus Sicht der Gewerkschaft ihre bisherige Tätigkeit aufgeben, um zumindest nicht allzu weit weg versetzt werden zu müssen. «Wer beispielsweise ein Haus in Tauberbischofsheim und eine berufstätige Frau hat, wird nicht wegziehen wollen. Solche Polizisten werden ihre originäre Tätigkeit aufgeben, um näher an ihrem Heimatort zu bleiben», sagte DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart.

Hintergrund ist das sogenannte Interessenbekundungsverfahren, bei dem Polizisten dem Innenministerium drei Wünsche über ihre künftige Verwendung mitgeteilt haben. Insgesamt nutzten 15 883 Polizisten - und damit über 50 Prozent - die Möglichkeit, festzuhalten, wo und wie sie in der neuen Organisation arbeiten möchten.

Nach Berechnungen von Innenminister Reinhold Gall (SPD) müssen 3600 der gut 24 200 Polizisten und gut 5000 sonstige Mitarbeiter ihren Dienstbezirk wechseln. Die Polizei soll von Januar 2014 an unter neuer Struktur arbeiten. Aus vier Landespolizeidirektionen mit 37 Polizeipräsidiën und Polizeidirektionen werden zwölf regionale Polizeipräsidiën, neben drei landesweit zuständigen Spezialpräsidiën und dem Landeskriminalamt.

Lautensack sieht in dem Arbeitsplatzwechsel einen Kompetenzverlust. «Für viele Kollegen ist das keine Wunschliste, sondern die Wahl zwischen Pest und Cholera. Qualifikation und Motivation gehen verloren.»

Besonders betroffen seien die bisherigen dualen Standorte der Bereitschaftspolizei. Denn aus fünf Standorten mit jeweils einem Einsatzbereich und einem Schulbereich werden vier. Davon sollen zwei nur noch als Einsatzstandorte (Bruchsal und Göppingen) und zwei als reine Schulstandorte (Lahr und Biberach) verwendet werden. «Ich glaube nicht, dass ein Kollege aus der Bildung von Bruchsal nach Lahr wechseln will». So werde sich der betroffene Beamte beispielsweise dafür entscheiden, zur

Verkehrspolizei oder zur Kriminalpolizei zu wechseln. «Spezialwissen und Erfahrung gehen verloren, die Kollegen müssen neu geschult werden.»

Auch viele Verwaltungsleute stöhnen. Wer beispielsweise derzeit seinen Arbeitsplatz in Sigmaringen hat oder Ravensburg, dessen neue Dienststelle befindet sich laut Reform in Konstanz. Wer jetzt in Freudensstadt arbeitet, soll nach Tuttlingen. Ein Umzug sei vielen Angestellten und Beamten der Polizeiverwaltung kaum zumutbar, weil viele zudem in Teilzeit arbeiten.

Nach den Worten von Lautensack werden zurzeit Personalkonzeptionen erstellt. Nur mit Mühe und Not konnte es die Gewerkschaft durchsetzen, an der Auswertung der eingegangenen Wünsche beteiligt zu werden. «In den 16 Personalkommissionen, in denen die Konzepte erstellt werden, sitzt jeweils ein Personalrat.» Eine Clearingstelle befasst sich mit den Härtefällen. «Letztlich entscheidet aber die Dienststelle», betonte Lautensack.

Besonders treffend ist auch der nachfolgend abgedruckte Leserbrief eines betroffenen Kollegen, den wir zur Lektüre dringend empfehlen:

Die „neue Welt“ als Millionengrab
Geplante Polizeireform führt zu viel Frust und bringt keinerlei Vorteile
Stuttgarter Nachrichten vom 15.04.2013

Leserbrief zum Artikel „Über 14 000 Polizisten äußern sich zur Reform“ vom 9. April:

Wer diesen Artikel unbedarft liest, könnte zu dem Schluss gelangen, dass „die“ Beamten ihre Meinung zu der Reform äußern dürften und diese Meinung womöglich bei der Umsetzung berücksichtigt würde. Dem ist keineswegs so. Im Gegenteil: die Reform wurde im stillen Kämmerlein beschlossen und soll nun „ohne Rücksicht auf Verluste“ umgesetzt werden.

Wäre die Meinung von 14 000 Beamten relevant, würde sie mit Sicherheit sofort zu den Akten gelegt. Die Beamten, die ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren, dürfen in diesem sogenannten Interessenbekundungsverfahren (IBV) drei „Wünsche“ äußern, wo sie in Zukunft arbeiten möchten. Allerdings wird von Seiten der Polizeiführung klar gesagt, dass dieses IBV „kein Wunschkonzert“ sei, sondern der Beamte seiner Stelle zu folgen hätte. Besonders betroffen sind die Angehörigen der Bereitschaftspolizei. Denn aus fünf Standorten mit jeweils Einsatzbereich und Schulbereich werden vier, davon sollen zwei nur noch als Einsatzstandorte und zwei als Schulstandorte verwendet werden. Böblingen wird quasi aufgelöst und soll nur noch der Fort- oder Weiterbildung der Beamten dienen. Die Angehörigen dieser Bereitschaftspolizeidirektion trifft es besonders hart. Die wenigsten können bleiben, den übrigen droht eine Versetzung nach Göppingen, Lahr, Biberach oder Bruchsal. Für Alleinstehende vielleicht kein großes Problem, aber was ist, wenn der Partner im Bereich von Böblingen arbeitet und die Kinder hier zur Schule gehen? Kein Problem, schließlich geht es den Beamten viel zu gut, werden so manche Nichtbeamten einwenden. In der freien Wirtschaft kommt dies doch auch vor. Nun, in der freien Wirtschaft kann ich mir den Arbeitgeber aussuchen, als Polizeibeamter nicht. Diesem Arbeitgeber bin ich auf Gedeih und Verderben ausgeliefert.

Außer tausenden frustrierten Polizeibeamten bringt diese Reform keine Vorteile, weder für die Polizei noch für die Bürger. Im Gegenteil: längere Anfahrtswege zur Arbeitsstelle und zum Einsatzort. Ob dies der Sicherheit dienlich ist? Die neue Welt der Polizei, so der offizielle Sprachgebrauch, wird sich als Millionengrab und Fata Morgana entpuppen. Schade nur, dass der Widerstand dagegen sehr dürrig ist. Ich kenne viele Polizisten (hauptsächlich des mittleren und gehobenen Dienstes), habe aber noch keinen getroffen, der an dieser Reform auch nur ein gutes Haar ließe.

Reinhold Sauer, Böblingen

03 dbb: Bürgerversicherung nicht allein ein Arbeitsmarktproblem

Quelle: dbb newsletter 040/2013 vom 08.04.2013



Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat gutachterlich hinterlegte Befürchtungen, wonach bei Einführung einer Bürgerversicherung rund 100.000 Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche verloren gingen, mit dem Hinweis kommentiert, dass die damit zugleich unter-

stellte „Abwicklung der beamtenrechtlichen Beihilfe“ und Schließung der privaten Krankenversicherung (PKV) als Vollversicherung zunächst auf massive rechtliche Hindernisse stoßen würde.

„Das Beihilfesystem ist Ausdruck der Fürsorgepflichten öffentlich-rechtlicher Dienstherren und gehört damit in den Zusammenhang der so genannten Alimentation“, sagte Dauderstädt am 8. April 2013. „Eine adäquate Ergänzung dazu ist nur durch das Tarifangebot der privaten Krankenversicherung möglich.“ Zudem habe das Bundesverfassungsgericht die Existenzberechtigung der PKV und damit die Zweigleisigkeit der Gesundheitsschutz-Systematik in Deutschland bekräftigt.

Der dbb Chef verwies darauf, dass etwa die Hälfte der privat Versicherten dem öffentlichen Dienst entstamme. „Dessen Attraktivität muss angesichts der demografischen Entwicklung erhalten bleiben, was auch abhängig ist von den gebotenen Arbeitsbedingungen. Daher darf das Beihilfeverfahren nicht unter dem Vorzeichen von formaler Gleichschaltung in Frage gestellt werden“, mahnte Dauderstädt.

04 dbb zu Pensionsentwicklung: Falsche Behauptungen

Quelle: dbb newsletter 042/2013 vom 16.04.2013



Der dbb hat Medienberichte zurück gewiesen, wonach die Versorgungsbezüge von Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren fast doppelt so hoch gestiegen sein sollen wie Renten. Die BILD-Zeitung hatte dies in ihrer Ausgabe vom 16. April 2013

behauptet. 'Dieser Beitrag ist eine Ansammlung boulevardesker Halbwahrheiten', kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Berlin. Derlei tendenziöser Desinformation trete der gewerkschaftliche Dachverband entschieden mit objektiven Fakten entgegen.

'Wahr ist, dass die Versorgungsanpassungen der Beamten in den letzten Jahren geringer ausfallen als in der gesetzlichen Rente. Darüber hinaus sind die gleichgerichteten, niveaueabsenkenden Reformmaßnahmen für die Beamten bereits durchgeführt worden, während Schritte davon in der gesetzlichen Rentenversicherung noch ausstehen', stellte der dbb Chef klar, dies hätten zuletzt zwei Berichte des Bundesministeriums des Innern umfassend bestätigt. 'Der vom Statistischen Bundesamt festgestellte und von BILD zitierte Anstieg der durchschnittlichen Versorgungsbezüge beruht überwiegend darauf, dass der relative Anteil an Beamten der höheren Besoldungsgruppen im Ruhestand ansteigt. Eine Pauschalisierung dessen ist genauso falsch wie die Behauptung, dass die Versorgungsbezüge der Länderbeamten in jüngster Zeit stärker gestiegen sind als beim Bund. Zudem hat der Bund via Nullrunden 2005, 2006 und 2007 schmerzliche Einbußen für die Versorgungsempfänger verfügt, die Betroffenen müssen Medienberichte wie den heutigen als Schlag ins Gesicht empfinden', sagte Dauderstädt und wies abschließend auf weitere grundlegende Fakten im Zusammenhang mit der Beamtenversorgung hin:

- Beamte haben ein hohes Qualifikationsniveau (etwa zwei Drittel mindestens Fachhochschulabschluss) mit selbstverständlichen Konsequenzen für die Einkommensdurchschnitte.
- Beamte haben in aller Regel einen vollständigen Erwerbslebenslauf.
- in die Rentenstatistik fließen aber auch nur vorübergehende oder geringfügige Beschäftigungsverläufe vollständig ein.
- Entgegen vergleichbaren tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft erwerben Beamte keine zusätzlichen Altersversorgungsansprüche (Betriebsrenten).
- Anders als die Rentenversicherung kennt die Beamtenversorgung keine Bemessungsgrenzen für Beiträge und damit letztlich auch Leistungshöhe.
- Die Vergleiche beruhen auf Bruttoangaben; Versorgungsbezüge werden bis zum Jahr 2040 deutlich höher besteuert als Renten.
- Ruhestandsbeamte müssen aus ihren Bezügen die Kosten der beihilfekonformen privaten Kranken- und Pflegeversicherung bestreiten.
- Die Beamtenversorgung beruht auf dem verfassungsrechtlich verbürgten Alimentationsprinzip und hat zugleich qualitätssichernde Funktion für den öffentlichen Dienst.

05 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)



Bilder von Putin-Protest auf Hannover-Messe werden zur DPoIG-Werbung

Es sollte eigentlich ein ganz gewöhnlicher Messerundgang werden, aber Aktivistinnen von "Femen" haben beim Eröffnungsrundgang von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Russlands Präsident Wladimir Putin für Aufregung auf der Hannover Messe gesorgt. Als die beiden Regierungschefs den Stand von Volkswagen verließen, stürmten mehrere barbusige Frauen der Frauengruppe

"Femen" laut schreiend auf den Kreml-Chef zu. Auf ihre Brüste hatten die Aktivistinnen die Worte "fuck dictator" geschrieben. Noch bevor die zum Teil halbnackten Frauen Putin erreichten, wurden sie von den Personenschützern des russischen Präsidenten und der deutschen Polizei überwältigt und abgeführt. Dass die Protestaktion dabei auch zu einer Werbung für die DPoIG wurde war völlig unbeabsichtigt.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)



GdP sucht einen neuen Bundesvorsitzenden. EPHK Bernhard Witthaut wurde zum Polizeipräsidenten von Osnabrück berufen.

GdP-Bundesvorsitzender: Vorschlag des Innenministers von Niedersachsen kam völlig überraschend.

Quelle: GdP vom 05.04.2013

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, soll zum Präsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen werden. Das gab der Innenminister von Niedersachsen, Boris Pistorius, bekannt. Die Entscheidungen über personelle Veränderungen in den mit politischen Beamten besetzten Spitzenfunktionen in der Polizei dieses Bundeslandes obliegen einzig und allein der Landesregierung. Witthaut: "Der Vorschlag des Innenministers ist für mich völlig überraschend gekommen. Es ehrt mich, wenn dann das Kabinett am kommenden Dienstag in Hannover dem Vorschlag von Boris Pistorius zustimmt."

Er sehe die neue Aufgabe als persönliche Herausforderung und zugleich als Chance, die Arbeit in der Polizeidirektion Osnabrück gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen zu gestalten, so der GdP-Bundesvorsitzende. Seine als Gewerkschafter gesammelten Erfahrungen könne er in das neue Amt einfließen lassen. Er wolle sich auch künftig den Belangen der Beschäftigten annehmen und klare Positionen zu wichtigen Themen rund um die öffentliche Sicherheit beziehen.

Wie Witthaut weiter sagte, werden die GdP-Gremien in den kommenden Wochen ausführlich über die Nachfolge an der Spitze der Gewerkschaft der Polizei beraten. Er gehe davon aus, dass Mitte Mai eine entsprechende Entscheidung gefallen sein wird.

Ende DPoIG-ID Nr. 09/2013